

Eingereicht der Abgeordneten: Franziska Hildebrandt, Jan Vahlenkamp, Umut Ibis (alle SDS)

Hamburg, den 27.4.2011

Das Studierendenparlament möge beschließen:

AStA-Sofortprogramm: Für einen politischen AStA

0. Begründung

1. Studiengebühren

2. BA/Ma-System

3. Demokratie

4. Freie und kritische Wissenschaft

5. AStA- und Stupa-Kultur

0. Begründung

Für einen politischen AStA - der endlich Teil und Initiator von Bewegung ist.

Dieses Kurzprogramm soll nicht einzelne Erfordernisse erklären und analysieren, sondern konkrete Punkte darstellen, die für die Arbeit des AStAs in den nächsten Monaten maßgeblich sein sollten.

Auch über dieses Programm hinaus hat der AStA seiner Verantwortung, auf bestehende Bewegungen zu reagieren und konkrete Verbesserungen herbeizuführen, gerecht zu werden.

1. Studiengebühren

Solange die Abschaffung der Studiengebühren und die Forderungen nach einem gebührenfreien Studium nicht annähernd realisiert sind, braucht es studentischen Protest, um diese durchzusetzen. Die Reaktion der SPD auf die Proteste (die Zusage die Studiengebühren zum WiSe 2012/13 abzuschaffen) zeigt, dass noch viel mehr möglich ist.

Für den neu gebildete AStA bedeutet das:

- Vollversammlungen zu diesem Thema werden offiziell einberufen und vorbereitet
- Vernetzung des Protests mit den anderen Hamburger Hochschulen,
- Vernetzung des Protests mit aktiven Studierenden der anderen Bundesländer (zunächst in Baden-Württemberg)
- Demonstrationen und andere Protestformen werden organisiert / unterstützt
- Auf allen zur Verfügung stehenden Ebenen wird die Forderung nach sofortiger Abschaffung artikuliert
- Als eines der letzten Mittel wird ein Boykott angeregt

2. BA/Ma-System

Europaweit kritisieren Studierende und Lehrende seit Jahren den Bologna-Prozess. Auch in Hamburg gab es immer wieder starke Proteste gegen das drängsalierende Bachelor-Master-System. Alle Beteiligten mussten eingestehen, dass dringender Handlungsbedarf besteht. Veränderung muss aber bewirkt werden.

- Dazu richtet der AStA mit den FSREN nach dem Vorbild der Konferenz an der EPB-Fakultät "Schöne neue Bildung" eine uniweite Bachelor-Master-Konferenz aus.
- Aktivitäten für kurz- und langfristige Verbesserungen werden initiiert / unterstützt (z.B. Abschaffung des Anwesenheitszwangs, auch für Seminare)
- Die Mindestforderung bleibt: Master für Alle!

3. Demokratie

Die heftigen Diskussionen innerhalb der Universitätsgremien, die vergangenen Auseinandersetzungen zwischen Universitätsorganen sowie ein Bundesverfassungsgerichtsurteil zeigen deutlich: Das Hamburgische Hochschulgesetz muss geändert werden!

Ein Blick in die Geschichte unserer Uni zeigt, dass Entscheidungen auch schon demokratischer getroffen wurden. Wir können zwar die Studentische Selbstverwaltung demokratischer gestalten, aber

nur beschränkt über Fragen der Entscheidungsstruktur der Uni mitbestimmen. Gerade deshalb aber ist es unsere Pflicht, mit von der Partie zu sein. Das bedeutet:

- Der AStA sieht sich in der Verantwortung, ständig über Partizipation innerhalb der Universität aufzuklären, diese wahrzunehmen und dazu zu animieren
- Belebung einer institutionalisierten und gleichberechtigten Vernetzung der Fachschaftsräte
- Eine breite Auseinandersetzung auf dem Campus mit den Grundlagen für eine nachhaltige Demokratisierung (z.B. Hamburger Hochschulreform von 1969)
- Unterstützung der Wiedereinführung einer demokratisch verfassten Entscheidungsebene unterhalb der Fakultätsebene sowie die Stärkung der bestehenden demokratisch legitimierten Gremien der Akademischen Selbstverwaltung gegenüber dem Hochschulrat
- Vernetzung des Kampfs für eine Gremienuni mit aktiven Studierenden anderer Hochschulen

5. Freie und kritische Wissenschaft

Die Universität sollte ein Ort sein, an dem Lehre und Forschung sich kritisch und interdisziplinär mit wissenschaftlichen und gesellschaftlichen Fragestellungen aus verschiedenen Blickwinkeln heraus auseinandersetzen, nach Lösungen suchen und neue Fragen aufwerfen. Darunter versteht ein AStA folgendes:

- Auseinandersetzung mit historischen Ereignissen, wie z.B. Bücherverbrennung und Reichspogromnacht
- Einbeziehung aktueller gesellschaftlicher Phänomene, wie z.B. Vorurteile, Diskriminierungen und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit sowie eine kritische Analyse der Extremismustheorie
- Friedenswissenschaft und Konfliktlösungsforschung für eine friedliche Entwicklung im Sinne aller Menschen und für eine sozial gerechte und friedliche Welt. Der AStA veröffentlicht ein friedenswissenschaftlich kommentiertes Vorlesungsverzeichnis
- Zielorientierte soziale und ökologische Fragestellungen in Lehre und Forschung entwickeln und artikulieren, z.B. für eine regenerative Energieerzeugung
- Einsetzen für offenen und kostenlosen Hochschulzugang für alle Menschen
- Hinwirken auf unbeschränkten und kostenlosen Zugang zu wissenschaftlicher Information in Universitätsbibliothek sowie im Internet (Open Access)
- Initiierung von Denkprozessen und wichtigen Diskursen aus der Uni heraus (wie z.B. Aufklärung über Burschenschaften/Studentenverbindung, Unterstützung der Proteste gegen die vom Verfassungsschutz unterstützte Extremismusstudie am Rauhen Haus sowie Teilnahme an Gedenkveranstaltungen für die Opfer der Naziverbrechen)
- Widerstand gegen die "1-Buch-Ordnung"

4. AStA- und StuPa-Kultur

Entscheidungen des AStA und des Studierendenparlaments sind transparent und nachvollziehbar zu tätigen. Um der Forderung nach mehr Demokratie gerecht zu werden, müssen folgende Veränderungen geschehen:

- Durchsetzung des politischen Mandats
- Uniweite Ankündigungen von StuPa- und AStA-Sitzungen
- Wiederverankerung der aktuellen Stunde im StuPa
- Ausführlichere Diskussionen über Anträge -> StuPa wird wieder zum politischen Forum, aus dem der AStA seine weitere Arbeit entwickelt
- Transparente Protokoll-Kultur, sowie faire Redeleitung
- Anerkennung der Selbständigkeit von teilautonomen Referaten
- Bestätigung gewählter Referent*innen
- Beauftragung des Ausschusses "Satzungs- und Geschäftsordnung" mit der Demokratisierung der Verfassten Studierendenschaft
- Vollversammlungen, Demonstrationen, Aktionen, inhaltliche Veranstaltungen werden angeregt, (mit-)organisiert bzw. unterstützt

Begründung:

Satzung der Studentenschaft der Universität Hamburg, III., Artikel 13: „Das Studentenparlament bestimmt die Richtlinien für die Arbeit der Studentischen Selbstverwaltung.“